

Prof. Dr. Steffen Mau

Kanzelrede im Festgottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit, 03. Oktober 2025, 10 Uhr

Liebe Gemeinde, liebe Gäste,

Wenn man sich am 3. Oktober zu einem Gottesdienst trifft, kommt man nicht umhin, sich zum Stand der Deutschen Einheit zu äußern. Immer wieder stellen wir uns dieselben Fragen: Wo stehen wir? Was haben wir in 35 Jahren erreicht? Wann ist die Deutsche Einheit vollendet? Warum gibt es nach so langer Zeit noch Ost-West-Differenzen?

Vielleicht sind das Politikerfragen, aber es sind auch ganz alltägliche Fragen von Menschen, die Bilanz ziehen, manchmal mit Blick auf das Große und Ganze, manchmal mit Blick auf das ganz eigene Leben. Wie bin ich durch die Zeit gekommen? Wie ist es mir ergangen? Wo gehöre ich hin? Was ist aus meinen Hoffnungen geworden, wo wurde ich enttäuscht? Aber auch: Warum ist das „Glück der Deutschen Einheit“ nicht immer ungetrübt? Was hätte man besser oder anders machen müssen? Und für die Jüngeren, die nach der Deutschen Einheit geboren wurden: Welche Prägungen habe ich mitbekommen? Was weiß ich eigentlich darüber? Warum sprechen wir immer noch über Ost und West? Warum empfinde ich Unterschiede, obwohl wir doch vereint sein sollten? Das sind natürlich Fragen, die sich Ostdeutsche stärker stellen, aber die nunmehr auch zu gesamtdeutschen Fragen geworden sind.

Nicht zu allen diesen Fragen haben wir immer Antworten parat, oft müssen wir zögern, nachdenken, reflektieren, einordnen. Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Bilanz der Deutschen Einheit gespalten ist und man sehr unterschiedlich auf die Folgen dieses Ereignisses schauen kann.

Was steht auf der Haben-Seite? Die Deutsche Einheit ist in vielerlei Hinsicht vollzogen und auch eine Erfolgsgeschichte. Zwei nicht nur getrennte, sondern auch durch und durch unterschiedliche Gesellschaften haben sich vor 35 Jahren vereinigt – gewiss ein großes Experiment. Trotz aller Friktionen ist die Deutsche Einheit vollzogen. So finden wir im Ost-West-Verhältnis ein gelebtes und zur Selbstverständlichkeit gewordenen Miteinander. Es gibt mannigfache Sozial- und Solidarformen – ob Familien, Freundschaftsnetzwerke und Vereine, ob das Gespräch über den Gartenzaun, ob in der Nachbarschaft –, in denen die Ost-West-Zugehörigkeit in den Hintergrund tritt und nicht als Konflikt erlebt wird. Es gibt eine Veralltäglichung von Unterschiedlichkeit: Man nimmt unterschiedliche Prägungen wahr, aber sie wachsen nicht zum Problem aus. Mobilität sowie innerdeutsche Wanderung haben zu unzähligen Durchmischungen geführt, so dass in ihnen Ost und West wie das verrührte Ei nicht mehr in die Ausgangsbestandteile – Eiweiß und Dotter – zurückentzweit werden können (im Amerikanischen sagt man so schön: »You cant't unscramble scrambled eggs«). Der soziale Beziehungsstatus ist gar nicht so schlecht, an Scheidung denkt niemand auch nur im Entferntesten.

Blickt man nur auf einige wenige statistische Kennzahlen, hat sich der Osten in den vergangenen Jahren in dieser Hinsicht gar nicht so schlecht entwickelt. Seit 2017 ist das demografische Ausbluten gestoppt, es ziehen etwas mehr Menschen von West nach Ost als umgekehrt. Die große Kluft in der Arbeitslosenquote hat sich verringert, die subjektive Lebenszufriedenheit hat sich angenähert, in den vergangenen drei Jahren fiel das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland sogar höher aus als in Gesamtdeutschland. Nachrichten zu umfangreichen privaten wie öffentlichen Investitionen und zur Ansiedlung technologieintensiver Industrien – von der Batterieherstellung über die Chipproduktion bis hin zu E-Mobilität – machen Hoffnung, dass sich irgendwann auch die Produktivitätslücke schließen könnte.

Der Umstand, dass sich prestigeträchtige globale Unternehmen nun Ostdeutschland als Standort aussuchen, lässt viele bereits von einem Wirtschaftsboom träumen. Und wenn man die Menschen fragt, ob sich ihre Leben durch die Deutsche Einheit verbessert hätte, antwortet die übergroße Mehrheit – in Umfragen oft 80 Prozent – der Ostdeutschen mit Ja. So gesehen fällt die Bilanz also durchaus positiv aus.

Doch natürlich wissen wir zugleich: Dies ist nur eine Seite der Medaille, denn wir sehen neben den Erfolgen der Einheit fortbestehende, zum Teil sehr hartnäckige Unterschiede. Die Einheit kam ja unter der Maßgabe zustande, dass sich Ostdeutschland transformiert und sich an die alte Bundesrepublik anpasst. Im Osten sollte sich fast alles, im Westen nur wenig oder gar nichts ändern. Heute kann man sagen, dass zwar die Restbestände der DDR erfolgreich abgebaut wurden, aber eine Einheit im Sinne von Einheitlichkeit nicht erreicht worden ist. Wer sich eine Vielzahl unterschiedlichster Indikatoren anschaut – Erwerbsquoten, Kirchenbindung, Vereinsdichte, Anteil von Menschen mit Migrationsbiografie, Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Vertrauen in Institutionen, Patentanmeldungen, Hauptsitze großer Firmen, Zahl der Tennisplätze, die Lebenserwartung junger Männer, die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe –, der kommt immer wieder zu dem gleichen Ergebnis: Eine Phantomgrenze durchzieht das geeinte Land. Kartiert man die Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland, zeichnen sich die Umrisse der alten Bundesrepublik und Ostdeutschlands klar ab. Besonders in wirtschaftlicher Hinsicht unterscheiden sich Ost und West noch erheblich. Noch immer hat kein DAX Unternehmen seinen Hauptsitz im deutschen Osten, noch immer klafft bei Erbschaften und Vermögen eine recht große Lücke, noch immer gibt es ein erhebliches Lohngefälle.

Das bedeutet, dass auch in der Einheit Unterschiedliches fortbesteht, sich auch Ungleichheiten festsetzen können. Darin ähnelt Deutschland Italien, Griechenland, Schweden, Großbritannien oder den USA, die allesamt von großen regionalen Unterschieden geprägt sind, die neben Mentalitäten und Identitäten auch sozio-ökonomische Faktoren umfassen. Nun will ich damit nicht sagen, dass alles so bleiben kann wie es ist, immerhin steht in unserem Grundgesetz ja die Forderung nach der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen. Ökonomische Schieflagen, der große Niedrigeinkommenssektor in Ostdeutschland, die Vermögensungleichheit in Ost und West gehören in das Aufgabenheft der Politik. Auch aus den uneingelösten Versprechen der Angleichung ergeben sich viele Enttäuschungen, die von Populisten politisiert werden.

Aber wir haben andere Bereiche, in denen sich Unterschiede normalisieren und wir irgendwann aufhören werden, die Einheit im Sinne von Einheitlichkeit zu interpretieren. Was soziale Strukturen, Mentalitäten und kulturelle Prägungen, aber auch regionale Eigenheiten angeht, werden wir unterschiedlich bleiben. Das ist auch zwischen Bayern und dem Emsland der Fall. Ein föderaler Staat braucht auch keine Einheit im Sinne der Abwesenheit von Unterschieden.

Was uns Sorgen machen muss, das sind die Verschiebungen der politischen Kultur und der Aufstieg der Rechtsextremen, also Entwicklungen, die die Demokratie und die demokratischen Institutionen bedrohen. Das ist kein spezifisch ostdeutsches Problem, aber eines, das in Ostdeutschland besonders ausgeprägt ist. Um das zu verstehen, lohnt ein Blick in den Rückspiegel. Die DDR war ein gängelndes und kontrollierendes Regime, das nicht über die Grundausstattung demokratischer Gesellschaften verfügte. Erst in der Phase seines Ablebens emanzipierten sich die Bürger vom bevormundenden Staat und forderten auf der Straße Meinungsfreiheit und Demokratisierung ein, was schließlich in die erste und letzte freie Wahl der Volkskammer am 18. März 1990 mündete. Diese Wahl war dann weniger eine politische Willensbekundung in der DDR als vielmehr eine gegen die DDR.

Man sollte auch heute daran erinnern, dass ohne die Bürgerrechtler, ohne die Hunderttausende, die in Leipzig und anderswo auf die Straße gegangen sind, weder der SED-Staat gestürzt worden noch der Weg in die Deutsche Einheit gebahnt worden wäre. Man sollte aber auch daran erinnern, dass schon zu einem frühen Zeitpunkt nationalistische Töne zu hören waren. Aus wir sind „das Volk“ wurde nicht nur wir sind „ein Volk“ im Sinne einer Vereinigungssehnsucht, sondern bei nicht wenigen auch „wir sind das eine Volk“. Schon damals mischten sich in die Forderung nach einer schnellen staatlichen Einheit nationalistische Töne hinein. Das „liebe Landsleute“ und die Ansprachen an die „lieben Brüder und Schwester“ hatten immer auch einen völkischen Beigeschmack. Nicht von ungefähr waren die Einwanderer in der alten Bundesrepublik ebenso wie die Vertragsarbeiter:innen der DDR von der Deutschtümelei befremdet, die im Zuge der Wiedervereinigung hochkochte. Im Rückblick kann man sicherlich sagen: Die Deutsche Einheit steht für eine Unternutzung des demokratischen Potenzials, das aus der Friedlichen Revolution und der Selbstdemokratisierung in der DDR herrührte, und für eine Übernutzung des nationalistischen Potenzials der politischen Mobilisierung.

Wie wurde nun die Wiedervereinigung von den DDR-Bürgern erfahren? Beitritt hieß, dass man die DDR verließ und in das schon vorhandene Haus der Bundesrepublik einzog, samt aller dort geltenden Spielregeln. Weder mutete man der alten Bundesrepublik zu, über die eigenen Gewissheiten sowie Besitzstände Rechenschaft abzulegen, noch gab man den Ostdeutschen zu verstehen, dass es sich um mehr als einen Beitritt zum institutionellen sowie rechtlichen Regelwerk der Bundesrepublik handele und auch ihre Vorstellungen über das Wie der neuen Gemeinschaft gefragt seien. Trotz des Aufbruchs der Friedlichen Revolution und trotz der Eigenleistung der Schaffung demokratischer Strukturen in der DDR blieb der Beitrag ostdeutscher Vorstellungen zu einer gesamtdeutschen Weiterentwicklung der Demokratie letztlich äußerst begrenzt.

Die ostdeutsche Erfahrung der damaligen Zeit bestand darin, dass die politisch Mächtigen, diskursiv Einflussreichen und ökonomisch Potenten plötzlich nicht mehr in Ostberlin, sondern im Westen der Republik saßen. Der Schwerpunkt der Einflussmacht verlagerte sich. Mit Abschluss des Einigungsvertrages vollzog sich der weitere Prozess im Autopilotmodus. Die einmal getroffenen Regelungen galten als sakrosankt. Es mangelte damals sowohl am politischen Willen als auch an der sozialen Fantasie, sich den „Aufbau Ost“ anders denn als einen „Nachbau West“ vorzustellen, was natürlich auch Folgen für die kollektive Psyche hatte. Der Eindruck, überrollt oder übernommen zu werden, stellte sich bei vielen ein, interessanterweise auch bei jenen, die im Herbst 1989 nach den Jahren der Stagnation und Unmündigkeit euphorisch aufgesprungen waren.

Nunmehr, nach mehr als drei Jahrzehnten, ist es um die Demokratieentwicklung im deutschen Osten nicht gut bestellt. Eine Unmutskultur hat sich breit gemacht, die AfD hat sich erfolgreich als Frustverstärker etabliert. Sie knüpft an das autoritäre Erbe der DDR und die politisch bis heute nicht verarbeiteten Transformationserfahrungen an. Andere Gründe für ihren rasanten Aufstieg liegen in den ungleichen sozialen Strukturen und dem nur schwachen Einwurzeln der Parteiendemokratie. Und wieder brechen Deutungskämpfe um die Friedliche Revolution und das Erbe der Deutschen Einheit auf. Die AfD ist eifrig dabei, sich zur legitimen Erbin des Herbstes von 1989 zu machen. Mit „WIR sind das Volk“- und „Vollende die Wende“-Parolen stellt man sich in die Reihe derjenigen, die oft mit großem politischem Mut dazu beigetragen haben, dass das ganze staatssozialistische System zusammenbrach. Dass sich nun autoritäre Strömungen diesen Kampf gegen ein autoritäres System aneignen, könnte man als Treppenwitz der Geschichte verstehen, wenn die Lage nicht so besorgniserregend wäre.

Ist der 3. Oktober 2025 ein Grund zu feiern, weil vor 35 Jahren die Deutsche Einheit hergestellt worden ist? Ganz ehrlich – ich habe gemischte Gefühle und viele Sorgen, die natürlich nicht nur Ostdeutschland betreffen. Der Herbst 1989 war ein Festival der Selbstermächtigung, ein friedlicher Prozess des Übergangs von einer Diktatur zu einer Demokratie. Dafür feiern wir ihn. Die Überwindung der deutschen Teilung und die Herstellung der Deutschen Einheit wurde von der übergroßen Mehrheit der Ostdeutschen gewünscht und politisch hergestellt. Auch das ist etwas, worauf man trotz aller Kritik stolz sein kann.

Dass es nunmehr, über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung wieder um den Kampf für die Demokratie geht, wäre damals undenkbar gewesen. Ebenso, dass wir uns – nach dem friedlichen (!) Übergang von Diktatur zu Demokratie – jetzt in einer Situation befinden, in der Minderheiten angegriffen und Kommunalpolitiker bedroht werden, wo sich an die Stelle von Kompromiss und Kooperation Hass und Hetze stellen, wo aus dem Miteinander ein Gegeneinander wird. Was ist aus den hoffnungsvollen und demokratiesehnsüchtigen Anfängen geworden? Die Demokratie hat nicht nur einige Kratzer bekommen – wir erleben eine Verrohung und Entzivilisierung des politischen Diskurses.

Jetzt, am Ende meiner Kanzelrede erwarten sie von mir vermutlich aufbauende und Hoffnung machende Worte. Diese werden wir gleich nach meiner Rede von Wolf Biermann hören, und zwar sein Lied „Ermutigung“, das mit der Liedzeile „Du lass Dich nicht verhärten“ beginnt und erstmals 1968 veröffentlicht wurde, im Jahr des Prager Frühlings. Die Ausweisung Wolf Biermanns aus der DDR 1977 stürzte den prominenten DDR-Dichter und überzeugten Sozialisten Franz Fühmann in eine tiefe Krise, er brach zunehmend mit der offiziellen DDR-Kulturpolitik. Es gibt von ihm einen offenen Brief an den damaligen Leiter der Hauptverwaltung Buchhandel und Verlage im Ministerium für Kultur, in dem er schreibt „es gibt eine große Lust auf Wahrheit, nur wird sie ungenügend gestillt“. Bei allen Sorgen, die man haben muss, bin ich doch geneigt, diesen klugen Satz abzuwandeln: Es gibt eine große Lust auf die Demokratie, nur wird sie ungenügend gestillt.